

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juni 2009**Programm Bremer Fachkräfteinitiative nachsteuern**

Im September 2007 hat der Senat im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms für Bremen und Bremerhaven das Landesprogramm der beruflichen Weiterbildung, die „Bremer Fachkräfteinitiative“ aufgelegt. Es richtet sich unter anderem an Frauen, denen durch gezielte Qualifizierung die Möglichkeit gegeben werden soll, auch in den Bereichen Fuß zu fassen, in denen sie bislang stark unterrepräsentiert sind. Die Zielsetzung, Frauen gerade in einem technologieorientierten Feld zu fördern, zielt auf den Abbau der vertikalen und horizontalen Segregation auf dem Arbeitsmarkt. Es zielt auch darauf ab, dem anhaltenden Mangel an informations- und umwelttechnisch qualifiziertem Fachpersonal in Deutschland entgegenzusteuern.

Das Programm „Bremer Fachkräfteinitiative“ weist insgesamt eine Frauenquote von 57 % auf. Allerdings werden die Frauen vor allem für klassische Frauenberufe qualifiziert: In Förderbereichen wie Erziehung sind 91 % der Teilnehmer/-innen Frauen, bei der berufsbegleitenden Altenpflege stellen sie 83 % aller Teilnehmer/-innen. Im Jahr 2008 wurden für die technologieorientierte Qualifizierung von Beschäftigten in kleinen und mittelständischen Unternehmen 15 % Frauen eingeplant. Lediglich 1 % (eine Frau!) wurde erreicht. Das deutet darauf hin, dass die Arbeitsmarktprogramme die Chancengleichheit von Frauen nicht zielgerichtet fördern, sondern in der klassischen Rollenaufteilung verharren. Das es nicht gelungen ist, die Vorgaben des Programms im Hinblick auf die Teilhabe von Frauen in Bewilligung und bisher auch in der Förderung umzusetzen, empfehlen auch die Gutachter Steria/Mummert im Jahresfortschrittsbericht 2008 eine Nachsteuerung in der Programmumsetzung im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern, wie sie auch von der EU vorgegeben wird.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um Frauen auf dem Programmsegment der technologieorientierten Qualifizierung besser zu erreichen?
2. Mit welchen Maßnahmen will der Senat das angestrebte Ziel, dass mindestens 15 % Frauen im technologieorientierten Bereich qualifiziert werden, umsetzen?
3. Was unternimmt der Senat, um die Beteiligung von Frauen an Qualifizierungen im technologieorientierten Bereich weiter anzuheben?
4. Mit welchen Strategien und Maßnahmen wird der Senat in der zweiten Phase des Programms (2010 bis 2013) dafür Sorge tragen, dass im Programmsegment technologieorientierter Qualifizierung der Frauenanteil deutlich über den jetzigen Zielquotienten von 15 % hinaus erhöht wird?
5. Mit welchen Strategien und Maßnahmen wird der Senat dazu beitragen, dass die horizontale und vertikale Segregation am Arbeitsmarkt abgebaut wird und der Anteil von Frauen in technologieorientierten Berufsfeldern steigt?

Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

Antwort des Senats vom 28. Juli 2009

Vorbemerkung

Die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich auf einen Jahresfortschrittsbericht über die Umsetzung der Arbeitsmarktpolitischen Programme im BAP (Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven) im Jahr 2008, der der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit auf ihrer Sitzung am 12. Februar 2009 vorgelegt worden ist. Hierbei handelt es sich um einen ersten Zwischenbericht auf Basis von Daten, die bis zum Stichtag 5. November 2008 erhoben worden sind. In der Deputationsvorlage wurde explizit darauf hingewiesen, dass die Daten entsprechend vorläufig sind und viele arbeitsmarktpolitische Programme zu dem Zeitpunkt noch nicht richtig angelaufen waren. Insbesondere zu dem Landesprogramm „Bremer Fachkräfteinitiative“ mit den darin enthaltenen berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen wurde ausgeführt, dass die Projekte nach abgeschlossener Detailprüfung bis zum November 2008 zwar alle mit Bescheid beginnen konnten, sich aber bezüglich ihrer Umsetzung noch weitgehend ohne Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Entwicklungs- und Akquisitionsphase befunden haben. Die Datenbasis zur Beurteilung der Beteiligung von Frauen wurde deswegen als nicht aussagekräftig bezeichnet. In der Vorlage ist vorab auch schon angekündigt worden, dass der Deputation im August 2009 ein abschließender Jahresbericht vorgelegt werden soll, der das gesamte Jahr 2008 auf Basis geprüfter Zwischenverwendungsnachweise abbildet und bewertet.

Dieser Bericht von steria mummert consulting liegt im Entwurf mittlerweile vor. Hiernach wurde bis zum Stichtag 31. Dezember 2008 mit den Maßnahmen für die technologieorientierte Qualifizierung von Beschäftigten in KMU eine Frauenbeteiligung von 11 % erreicht. Erneute aktuellere Datenabfragen zeigen eine deutlich steigende Tendenz. Zum Stichtag 6. Mai 2009 ist die Quote der Beteiligung von Frauen an den Maßnahmen auf 13 % und zum weiteren Stichtag 23. Juni 2009 sogar schon auf 16 % angestiegen und liegt damit über dem Soll von 15 %. Dabei erreichen die frauendominierten Branchen überdurchschnittliche Werte (Lebensmitteltechnologie 58 %), im IT-Bereich werden Frauen zu 17 % erreicht, die männerdominierten Branchen erreichen unterdurchschnittliche Werte (Steuerungstechnik und Windenergie zusammen 1 %).

Darüber hinaus werden die einzelnen Fragen wie folgt beantwortet:

1. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um Frauen auf dem Programmsegment der technologieorientierten Qualifizierung besser zu erreichen?

Die in der Kleinen Anfrage angesprochene technologieorientierte Qualifizierung bezieht sich auf das Segment der berufsbegleitenden Weiterbildung für KMU im Unterfonds 1.1 („Technologische Innovationen flankieren – Qualifikationen weiterentwickeln“) des BAP. Die Projektträger sind bei ihrer Teilnehmer/-innenakquisition also auf eine durch dieses Branchensegment gesetzte Beschäftigtenstruktur angewiesen, die, insbesondere bei KMU, bis auf wenige Ausnahmen extrem Männer dominant ist. Die Projekte müssen deswegen besondere Strategien und Maßnahmen entwickeln, um die geforderte Beteiligung von Frauen zu erreichen.

Der mit den laufenden Maßnahmen bisher erreichte Frauenanteil von 16 % zeigt, dass die bei der Bewertung und Auswahl der Projekte angelegten Kriterien vernünftig sind. Wesentliche Richtschnur bei der Beurteilung von Projektvorhaben ist, dass der Projektträger mit vorangegangenen Maßnahmen seinen erfolgreichen Zugang zu den Betrieben der jeweiligen Branche und den dort Beschäftigten nachweisen muss. Die Akzeptanz der Qualität und Zuverlässigkeit des Trägers mit seinen Qualifizierungsangeboten durch die Betriebe ist die erste Bedingung, dass im Rahmen des Gesamtangebotes auch spezifische Maßnahmen oder Module für Frauen ernst genommen und erprobt werden können. Hierzu zählen neben der rein fachlichen Qualifizierung auch Maßnahmen der Sensibilisierung der Betriebe bezüglich einer Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung, die geschlechtsspezifische Barrieren abbauen hilft (ein Beispiel aus den Förderprojekten sind die Anstrengungen, durch Veränderung der Arbeitsbedingungen und durch Qualifizierung, den Anteil von Frauenarbeitsplätze in der Gondelmontage von Windkraftunternehmen zu erhöhen).

2. Mit welchen Maßnahmen will der Senat das angestrebte Ziel, dass mindestens 15 % Frauen im technologieorientierten Bereich qualifiziert werden, umsetzen?

Der Anteil von 15 % Frauen an den berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen wurde – wie in der Vorbemerkung ausgeführt – bereits überschritten. Angesichts des Faktums, dass einige der Projekte den geplanten Frauenanteil überschreiten, andere dagegen deutlich darunter liegen, sind die Projektträger selbstverständlich nach wie vor gehalten, ihre Konzepte und Strategien für eine adäquate Beteiligung von Frauen zu überprüfen und weiter zu entwickeln.

3. Was unternimmt der Senat, um die Beteiligung von Frauen an Qualifizierungen im technologieorientierten Bereich weiter anzuheben?

Der Senat wird auch weiterhin bei der Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen einen Schwerpunkt darauf legen, dass gezielt Zugänge für Frauen zu technologieorientierten Bereichen geschaffen werden. Darüber hinaus hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit auf ihrer Sitzung am 24. Juni 2009 ein Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Titel „Einstieg, Umstieg, Aufstieg für Frauen!“ zur Zustimmung vorgelegt. Dieses Chancengleichheitsprogramm hat zum einen die Erhöhung des Anteils von Frauen in sogenannten MINT-Berufen (Mathematik – Informatik – Naturwissenschaften – Technik) zum Ziel, zum anderen einen gesonderten Schwerpunkt, der die Förderung des Ein- und Umstiegs von Frauen in gewerblich-technische Berufe des dualen Systems ausdrücklich unterstützen soll.

4. Mit welchen Strategien und Maßnahmen wird der Senat in der zweiten Phase des Programms (2010 bis 2013) dafür Sorge tragen, dass im Programmsegment technologieorientierter Qualifizierung der Frauenanteil deutlich über den jetzigen Zielquotienten von 15 % hinaus erhöht wird?

Das Landesprogramm „Bremer Fachkräfteinitiative“ hat eine dreijährige Laufzeit von 2008 bis 2010. Die Planungen für eine Weiterentwicklung des Qualifizierungsprogramms ab 2011 haben gerade begonnen. Die Erfahrungen mit den Zielquoten für Frauen in den unterschiedlichen Programmsegmenten werden hierfür gezielt ausgewertet und die daraus resultierenden Erkenntnisse in die Planungen für die zweite Förderphase einbezogen. Hierfür müssen auch die Auswirkungen und neuen Entwicklungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise beobachtet und einbezogen werden.

Bundesweit unbestritten ist jedoch, dass langfristig ein eklatanter Fachkräftemangel droht und dieser Tendenz frühzeitig entgegengewirkt werden muss. Hierbei spielt die Qualifizierung von Frauen sowie die Sensibilisierung von Frauen sowie von Betrieben, dass in allen Berufen eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden kann, eine wichtige Rolle.

Nach allen Prognosen wird sich der Fachkräftemangel insbesondere in technologieorientierten Berufen geltend machen. Parallel muss festgestellt werden, dass sich immer weniger Frauen für diese Berufe entscheiden. Laut Auswertung der Ausbildungsverträge in 2007 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) stagnierte der Anteil an jungen Frauen in Berufen der Metall- und Elektrotechnik bei dem sehr geringen durchschnittlichen Wert von 3,5 %, im Bereich der Metalltechnik ist er derzeit sogar eher rückläufig. Diese Tendenz trifft auch für Bremen zu. Hier sind in 2008 in entsprechenden Berufsschulklassen erstmals keine weiblichen Auszubildenden vertreten.

Der Senat sieht deswegen die technologieorientierte Qualifizierung von Frauen im Kontext dieser Gesamtproblematik und hat in weiteren Landesprogrammen Maßnahmen ergriffen, um den Frauenanteil in innovativen, technikorientierten Aus- und Weiterbildungen sowie Berufstätigkeiten zu erhöhen. Dies wird z. B. im Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“, durch die Förderung von Projekten in den Zielen „Erweiterung technisch-gewerblicher Berufsfelder und Nachwuchsgewinnung“ und „Gewinnung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Berufe in den Ingenieur- und Naturwissenschaften“ angestrebt. Hier sollen die Attraktivität der technischen Berufsfelder durch die Einbringung der Thematik Robotik erhöht und zugleich spezifische Zugänge von jungen Frauen zu diesen Berufsfeldern entwickelt und umgesetzt werden.

5. Mit welchen Strategien und Maßnahmen wird der Senat dazu beitragen, dass die horizontale und vertikale Segregation am Arbeitsmarkt abgebaut wird und der Anteil von Frauen in technologieorientierten Berufsfeldern steigt?

Die Bekämpfung struktureller Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben muss auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Erforderlich ist ein Umdenken bei jeder/jedem Einzelnen sowie bei den Akteuren/-innen in der Arbeitsverwaltung, in Beratung und Bildung sowie in der Wirtschaft bis in Unternehmenskulturen hinein.

Auf Basis einer Auswertung der Erfahrungen mit dem Antidiskriminierungsgesetz sind gegebenenfalls weitere gesetzliche Initiativen auf den Weg zu bringen. Dabei ist zu prüfen, ob die Gleichstellung der Geschlechter in der privaten Wirtschaft durch Bestimmungen analog zu den gesetzlichen Regelungen im öffentlichen Dienst gefördert werden kann. Seitens der Landesregierung werden darüber hinaus eine ganze Reihe von familien-, jugend-, bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Anstrengungen unternommen, um die horizontale und vertikale Segregation am Arbeitsmarkt abzubauen.

Hierfür ist – ergänzend zu den Antworten zu den Fragen 1 bis 4 – das Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnissen ebenso wichtig wie der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, die Berücksichtigung von Problemen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der betrieblichen Arbeits(zeit)gestaltung, die Beseitigung geschlechterspezifischer Barrieren am Arbeitsplatz, die Begleitung von weiblichen Existenzgründungen und Betriebsübernahmen oder der Abbau von Rollenstereotypen schon bei Kindern und Jugendlichen.

Eine wesentliche Grundlage zur Erhöhung des Anteils von Frauen in technologieorientierten Berufsfeldern wird bereits in der frühkindlichen Erziehung (vergleiche u. a. die Zusammenarbeit der Kitas mit dem Universum) gelegt. Die gendersensible Ausrichtung von Bildungsprozessen von Anfang an, die sich in der Schule in den unterschiedlichen Lernfeldern fortsetzt, bilden die Basis dieses Prozesses. Ergänzt um zusätzliche gezielte Angebote, wie beispielsweise dem Girls' Day, kann eine stärkere technische Orientierung von Mädchen nachhaltig unterstützt werden, die dann auch zu einem geänderten Berufswahlverhalten führt.

Auch das neue Chancengleichheitsprogramm der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales „Einstieg, Umstieg, Aufstieg für Frauen!“ verfolgt explizit das strategische Ziel, der horizontalen und vertikalen Segregation auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Die Schwerpunktthemen – Förderung des Zugangs von Frauen zu männerdominierten gewerblich-technischen Berufen und zu arbeitsmarktlich verwertbaren MINT-Qualifikationen und höherwertiger Beschäftigung im MINT-Bereich – sollen den Frauenanteil in technologieorientierten Berufsfeldern steigern und damit auch ihren Anteil in Zukunftsbranchen erhöhen.